

Stellungnahme der Herausgeber:

**Aktuelle Entwicklungen und
Empfehlungen**

1. Schwerpunkt: Die neue Hochrüstung sprengt alle Dimensionen

Zwanzig Jahre ist es her, dass in der internationalen Sicherheitspolitik ein epochaler Durchbruch gelang. Noch vor dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde möglich, was zuvor vielfach als Utopie abgetan worden war: handfeste Abrüstung. Beide Seiten einigten sich, ihre Arsenale an atomaren Raketen, die sie in der Zeit der Systemkonfrontation angehäuft hatten, zu reduzieren. Die größte Gefahr für das Überleben der Menschheit, die zum zigfachen Overkill fähigen Atombomben, verlor viel von ihrem Schrecken.

Inzwischen hat sich dieser Trend umgekehrt. Seit der Jahrtausendwende leben wir in einer Periode präzedenzloser Hochrüstung. Weltweit verschlingen Streitkräfte und Rüstung mehr Mittel als zu Zeiten des Ost-West-Konflikts. Die neue Hochrüstung kann bedrohlicher werden als der Kalte Krieg. Sie bindet immense Ressourcen, nährt wechselseitiges Misstrauen, zeugt von Illusionen über militärische Konfliktlösungen, und sie wird weder durch effektive Rüstungskontrolle noch durch eine wachsame Öffentlichkeit gebremst. Außerdem haben wir es nicht mehr mit nur zwei, sondern einer Vielzahl von Protagonisten zu tun. Mit dem raschen Aufstieg Chinas und Indiens zeichnet sich eine ungewohnte Mächtekonstellation ab. Nuklearwaffen drohen weiter verbreitet zu werden und unberechenbaren Akteuren in die Hände zu geraten.

Von 2001 bis 2006 nahmen die inflationsbereinigten Militärausgaben um etwa 30 Prozent zu und durchbrachen 2003 erstmals die Schallmauer von einer Billion US-Dollar. Fast die Hälfte davon entfällt auf die USA, dabei sind die Kosten der Kriege im Irak und in Afghanistan nicht eingerechnet. Doch selbst wenn man die US-Ausgaben abzieht, sind die globalen Militärgesamtausgaben zwischen 2001 und 2006 real um 15 Prozent angestiegen – in Westeuropa allerdings nur um vier Prozent. Die Differenz springt ins Auge, dennoch vertreten die Europäer diese Zurückhaltung bislang eher verschämt als selbstbewusst.

Die höchsten Rüstungsausgaben verzeichnen die USA, Großbritannien, Frankreich, China und Japan, während die größten Wachstumsraten von 25 bis 30 Prozent in Zentral- und

Präzedenzlose Hochrüstung

Ausnahme: Westeuropa

Südasiens, in Nordafrika und im Nahen Osten anfallen. Es rüsten vornehmlich Indien, Indonesien, Pakistan und Russland auf, in Lateinamerika vor allem Chile und Kolumbien. Bei Waffenimporten weisen Indien und Pakistan sowie der Nahe Osten die größten Zuwächse auf.

Grundlose Hochrüstung?

Politik der Stärke

Die neue Hochrüstung ist leichter beschrieben als erklärt. Der „unipolare Moment“, während dessen sich die USA als „Weltmacht ohne Gegner“ fühlten, gehört der Vergangenheit an. Der Übergang zu einer neuen internationalen Mächtekonstellation scheint mit einer generellen Stärkung von nationalstaatlichen Sicherheitskalkülen und Machtambitionen einherzugehen. Dabei wird die eigene Politik der Stärke mit realen oder imaginierten Gegnern begründet. Zugleich soll Aufrüstung in der Selbst- und Fremdwahrnehmung den eigenen Status aufwerten. Ermöglicht wird die neue Hochrüstung durch hohes Wirtschaftswachstum in einigen Schlüsselregionen und den erleichterten Erwerb militärischer Technologie.

Rüstungskontrolle: Ein Scherbenhaufen

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sind die Innen- wie Außenpolitik der USA von einem Klima des Alarmanismus geprägt. Die von der Bush-Administration geschürte Sicherheitsmanie fungiert als eine Art Generalermächtigung für die forcierte Hochrüstung, die Demontage internationaler Rüstungskontrollabkommen und den massiven Ausbau des Sicherheitsstaates im Inneren. Berauscht vom enormen Machtzuwachs seit dem Zerfall der Sowjetunion, aber auch von neokonservativen Überlegenheitsideologien, rückte Washington von seiner bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik ab. Diese hatte die eigene Hegemonie mittels internationaler Organisationen, Bündnissen und Rüstungskontrollabkommen gesichert, die auch den Interessen der Partner Rechnung trugen. Von diesem partiellen Multilateralismus sagte sich die Bush-Administration los. Sie setzt auf militärische Überlegenheit und die Macht des Stärkeren. Die Wirkung ist fatal: Die internationale Rüstungskontrolle ist ein Scherbenhaufen, und die Kriege „gegen den Terrorismus“, zumal im Irak, haben das Ansehen der UNO wie auch das Völkerrecht schwer beschädigt.

STELLUNGNAHME

Vielleicht noch schwerer wiegt ein anders Motiv der Hochrüstung: Der Unilateralismus militärischer Überversicherung der USA und die Doppelstandards bei der Bewertung von Massenvernichtungswaffen werden von aufstrebenden Mächten zurückgewiesen – und zugleich kopiert. Obschon militärisch unterlegen, nutzen andere Staaten ihr Potenzial, um ihre Forderung nach einer multipolaren Welt ohne US-Vorherrschaft zu untermauern, allen voran Russland. Die Imitation der Politik der Stärke droht zu einer weltweiten Wiederkehr des Militärs als Instrument der Politik zu führen. Washingtons demonstrative Politik militärischer Übermacht ist eine wesentliche Ursache für Instabilität und Hochrüstung, militärische Multipolarität ist es freilich nicht minder.

**Militärische
Überver-
sicherung**

Rückkehr zu Krieg und Gewaltpolitik gescheitert

Die Renaissance klassischer Macht- und Militärpolitik ist anachronistisch, weil die Staaten in der globalisierten und interdependenten Welt mehr denn je aufeinander angewiesen sind. Weder der Klimawandel noch die Weiterverbreitung von Atomwaffen lassen sich mit militärischen Mitteln aufhalten; auch die Demokratisierung autoritärer Systeme kann nicht durch Krieg erzwungen werden. Hochrüstung mindert reale Gefährdungen keineswegs, im Gegenteil. Obsessionen militärischer Über-, gar Allmacht haben sich als politische Ohnmacht entpuppt. Afghanistan, Irak und der Nahostkonflikt verdeutlichen, dass militärische Übermacht kontraproduktiv ist und Politik nicht ersetzt. Insofern ist die Strategie unilateraler Dominanz gescheitert; sie erzeugt das klassische Sicherheitsdilemma: Wer nach militärischer Überlegenheit strebt, ruft Ängste und militärische Gegenmaßnahmen hervor, dadurch steigt wiederum das Gefühl von Bedrohung und Unsicherheit.

**Militärische
Allmacht
gleich
politische
Ohnmacht**

Spielraum nutzen für neuen Multilateralismus

Die Bush-Administration hat viel Ansehen und politischen Einfluss der USA verspielt. Selbst in der NATO wächst das Bewusstsein, dass uneingeschränkte Solidarität mit den neokonservativen Gewaltstrategen in Washington nicht zu Sicherheitsgewinnen führt, sondern Unsicherheit mehrt und die eigene Po-

**Europas
Chancen**

sition schwächt. Großbritannien hat das im Irak bitter erfahren. Dieses Momentum gilt es zu nutzen. Wer immer Bush im Weißen Haus nachfolgt, wird versuchen müssen, mit neuen Ideen und attraktiver Politik Partner zu gewinnen. Das verbessert die Aussicht, Multilateralismus und Rüstungskontrolle wiederzubeleben. Die Europäer sollten diese Chance durch eigene Initiativen nutzen.

**Regionale
Kooperation**

Regionale Zusammenarbeit ist eine Alternative zu nationaler Hochrüstung. Die Europäische Union hat durch Institutionalisierung ihrer Entscheidungsprozesse und kollektive Selbstbindung ein Vorbild für die Bearbeitung innerer Sicherheitsprobleme und jener von EU-Anwärtern geschaffen. Die Afrikanische Union und der Schanghaier Kooperationsrat versuchen zumindest in Ansätzen, Lehren des europäischen Integrationsprozesses zu beherzigen. Regionale Kooperation hilft, Misstrauen abzubauen und durch offene Diskussionen gemeinsame Wert- und Zielvorstellungen zu entwickeln. Sie trägt dazu bei, autistische Sicherheitsdebatten zu beenden und für grenzüberschreitende Herausforderungen gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Buchstäblich entwaffnend ist vor allem Transparenz: als vertrauensbildende Maßnahme, bei Rüstungsexporten und bei der Verifikation.

Statt antiquierter Machtpolitik die „Soft Power“ Europas nutzen

Gestaltungsmacht der EU

Die Europäische Union verfügt über „weiche Macht“, ohne dass sie dieses Potenzial bisher ausreichend nutzt. Nachdem europäische Staaten jahrhundertlang Kriege gegeneinander führten und die Welt eroberten, verfolgen sie seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine Politik der Kooperation, Integration und Versöhnung. Aus ihrer Bereitschaft zur Entkolonialisierung, zur Einbindung, zur Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und Regelwerken sowie aus ihren Erfahrungen mit Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung lässt sich Gestaltungskraft gewinnen. Das setzt freilich voraus, dass die Europäer antiquierte Machtbegriffe ablegen und das Licht ihres politischen Paradigmenwechsels nicht länger unter den Scheffel stellen.

STELLUNGNAHME

Als Organisation von 27 Staaten, die ehemalige Kolonial- und Interventionsmächte, große und kleine, NATO-Mitglieder und neutrale sowie dezidiert zivil ausgerichtete Staaten einschließt, eignet sich die EU nicht zur Machtpolitik. Sie ist außerstande, militärisch mit Großmächten um Einflussphären zu konkurrieren und sollte nicht versuchen, sich die USA zum Vorbild zu nehmen und deren Militärmacht zu duplizieren. Die Ankündigung des Direktors der Europäischen Verteidigungsagentur, 2008 müsse „Europas Jahr der Rüstung“ werden, weist in die falsche Richtung. Die Europäische Union muss sich darauf besinnen, dass ihre Stärke in der strukturellen, langfristigen Stabilisierung und Modernisierung gefährdeter Regionen liegt. Dies stellt eine aufwändige Aufgabe dar, zumal das Instrumentarium am ehesten in der Nachbarschaft greift. Wo ihr der Hebel der Beitrittsperspektive fehlt, kann sie weniger direkten Einfluss ausüben. Jedoch gibt es Elemente ihrer Erweiterungsstrategie, die sich durchaus für die Nachbarschaftspolitik übernehmen ließen, vor allem die Verbindung von Konditionen mit attraktiven Angeboten.

**Langfristige
Stabilisierung**

Mutigere europäische Initiativen zur Rüstungskontrolle

Es ist höchste Zeit, der Renaissance nationalstaatlicher Machtprojektion und Hochrüstung entgegenzutreten. Im Zeitalter der Globalisierung und ständig wachsender Interdependenz sind Konzepte multilateraler kooperativer Sicherheit alles andere als obsolet. Es ist vielmehr diese Vision, der nach dem Scheitern des militärischen Unilateralismus zum Durchbruch verholfen werden muss. Die EU kann dabei eine Schrittmacherfunktion übernehmen. Im Laufe der europäischen Integration haben ihre Mitgliedstaaten gelernt, dass es überaus vorteilhaft ist, nationale Machtpolitik zugunsten gemeinsamer Sicherheit zu überwinden.

Dass die EU einen Aktionsplan zur nuklearen Nichtweiterverbreitung verabschiedet und dafür jetzt eine Sonderbeauftragte des Hohen Repräsentanten ernannt hat, sind richtige Schritte. Wir plädieren dafür, auch auf dem Gebiet der Abrüstung das Avantgarde-Modell zu erproben, nach dem ein Kern europäischer Staaten die Initiative ergreifen kann, ohne zu warten, bis sich alle Mitglieder einig sind.

**Avantgarde
gefragt**

**Eine Welt
ohne Atom-
waffen**

Die Perspektive vollständiger nuklearer Abrüstung bedarf der Wiederbelebung. Sie ist keine abstrakte Utopie, wie alte und neue Falken behaupten; vielmehr haben der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (NPT) und der atomare Teststoppvertrag (CTBT) dieses Ziel einst festgeschrieben, um der noch immer größten Bedrohung der Menschheit zu begegnen. Seit Monaten engagieren sich namhafte Autoren aus dem amerikanischen Sicherheits-Establishment – die Republikaner George W. Shultz und Henry Kissinger zusammen mit den Demokraten William Perry und Sam Nunn – dafür, das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt wieder auf die sicherheitspolitische Agenda zu setzen. James Baker, Colin Powell und andere schlossen sich ihrem Appell an. Von einem Land wie der Bundesrepublik, das auf Kernwaffen ein für alle Mal verzichtet hat, darf erwartet werden, dass es die – in Europa von Norwegen aufgegriffene – Kampagne nach Kräften unterstützt und weiter vorantreibt. Da sie aus dem „realistischen“ Zentrum der US-amerikanischen Sicherheitselite kommt, könnte sie helfen, den Raum für eine ehrgeizige und weitreichende Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu öffnen.

*Der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen
Einhalt gebieten*

**Nukleare
Rüstungs-
kontrolle**

Das Regime zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen erodiert zunehmend. Viele Vertragsmitglieder setzen sich zwar nach wie vor für den Vertrag ein, sind aber enttäuscht, weil sämtliche Atomkräfte sträflich gegen ihre Abrüstungspflichten verstoßen. Zu befürchten ist, dass nach Nordkorea weitere Mitglieder aus dem NPT austreten. Europa ist in dieser Frage uneins. Während Großbritannien und Frankreich ihre Kernwaffen modernisieren, engagieren sich Schweden, Deutschland und andere für die Abrüstungsoption. Ebenso tritt die Bundesregierung für den umfassenden Teststoppvertrag und eine verifizierbare Beendigung der Produktion von waffenfähigem Uran und Plutonium ein. Sie sollte alles tun, um die künftige amerikanische Regierung für eine Rückkehr zur nuklearen Rüstungskontrolle zu gewinnen.

STELLUNGNAHME

NATO: Keine neue Konfrontation mit Russland

Beim NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 widersetzten sich europäische Schlüsselländer, darunter die Bundesrepublik, dem Vorhaben der USA, Georgien und der Ukraine mit einem „Aktionsplan zur Mitgliedschaft“ den Weg in das Bündnis zu ebneten. Indem sie jedoch den Grundsatzbeschluss zur Aufnahme beider Länder akzeptierten, ist die Erweiterung nur aufgeschoben. In der Ukraine lehnen drei Viertel der Bevölkerung einen NATO-Beitritt ab. Georgien, wo eine Mehrheit dafür ist, befindet sich in einem schwerwiegenden Grenz- und Territorialkonflikt mit seinem Nachbarn Russland um die secessionistischen Provinzen Abchasien und Südossetien. Durch eine NATO-Mitgliedschaft wollen beide Staaten ihre Souveränität gegenüber Russland festigen, doch würden dadurch auch die Spannungen zwischen der NATO und Russland intensiviert.

Der noch 1997 in der NATO-Russland-Grundakte beschworene gemeinsame Sicherheitsraum eines Europas ohne neue Grenzen blieb ein leeres Versprechen. Desgleichen rückt die NATO von einstigen Erklärungen ab, in den neuen Mitgliedsstaaten keine dauerhafte ausländische Militärpräsenz einzurichten: In Rumänien und Bulgarien wird es künftig amerikanische Truppenstützpunkte geben, in Polen und der Tschechischen Republik ist die Installation amerikanischer Abfangraketen und des dazugehörenden Leitradars geplant.

Die US-Raketenabwehr in Osteuropa tangiert russische Sicherheitsinteressen. Je mehr die strategischen Beziehungen zwischen Washington und Moskau wieder konfrontative Züge annehmen, desto höher bewertet Moskau sein Kernwaffenarsenal als militärische Rückversicherung. Trotz aller amerikanischen Beschwichtigungen könnte der spätere Ausbau zu einem funktionstauglichen Abwehrsystem die russische Zweitschlagskapazität untergraben. Es ist unwahrscheinlich, dass sich Moskau in die Rolle des passiven Zuschauers fügen wird. Unter einem neuen nuklearen Wettrüsten, zumal auf dem eigenen Kontinent, würde die Sicherheit der Europäer deutlich leiden.

Die NATO verfügt über vielfältige Instrumente, die Transition des postsozialistischen Militäretablissements zu fördern. Sie sollte aber neue Sicherheitsdilemmata, die von einer Vollmitgliedschaft der Ukraine und Georgiens ausgingen, vermeiden.

Spannungen mit Russland abbauen

Kein US-Raketenschild

NATO: kooperieren statt erweitern

Stattdessen gilt es, den gemeinsamen Rat mit Russland und den mit der Ukraine aufzuwerten und mit Substanz zu füllen. Dadurch würde Russland reale Mitsprache erhalten. Zudem kann die NATO bei der Bewältigung humanitärer Katastrophen, durch Austausch sicherheitsrelevanter Erkenntnisse, beim Ausbau von effektiven Grenzregimen und bei der Sicherheitssektorreform eine aktivere Rolle spielen.

Für ein Verbot von Streubomben

Streubomben gelten als besonders effektiv. Sie werden von Flugzeugen oder Artilleriegeschützen abgefeuert und verteilen Mengen kleiner Sprengsätze über dem Kampfgebiet, von denen viele beim Aufprall nicht explodieren. So verminen sie ganze Landstriche und gefährden auch nach dem Ende der Kämpfe die Zivilbevölkerung. In mindestens 23 Staaten sind sie bisher zum Einsatz gekommen, unter anderem im Kosovo, Libanon, Irak und in Afghanistan.

Derzeit wird die Einschränkung bzw. ein Verbot von Streumunition in zwei Foren verhandelt. 2007 hat Norwegen den „Oslo-Prozess“ initiiert, um ein umfassendes Verbot zu erreichen. Mit Russland, China, Indien, Israel und den USA lehnen dies allerdings jene Staaten ab, die sich schon gegen die wirksame Einschränkung der Verbreitung kleiner und leichter Schusswaffen wehrten. Ungeachtet dessen führen inzwischen mehr als 90 Staaten den Prozess fort.

Streubomben ganz verbieten

Daneben wird auch im Rahmen des UN-Waffenabkommens von 1980 verhandelt. Dessen Protokolle über verbotene Sprengkörper, Splitter-, Brand-, Laser- und andere Waffen sollen durch einen Zusatz über Streumunition ergänzt werden. Im Juni 2007 brachte Deutschland einen Entwurf ein, der statt eines gänzlichen Verbots Einfallstore für neuartige Formen dieser Waffengattung öffnet.

Das Nebeneinander von zwei Verhandlungsforen eröffnet Chancen eines Wettbewerbs um die beste Vorgehensweise. Die Bundesregierung beteiligt sich sowohl am Oslo-Prozess als auch an der Überprüfungskonferenz zum UN-Waffenabkommen. Sie fordert Regeln für den eingeschränkten Einsatz und plädiert für eine Unterscheidung zwischen „gefährlichen“ und „nicht-gefährlichen“ Streubomben, bei denen die Blindgängerquote

STELLUNGNAHME

unter einem Prozent liegt. Wir fordern die Bundesregierung jedoch auf, wie Norwegen, Österreich, Ungarn, Belgien oder Irland für ein vollständiges internationales Streubombenverbot einzutreten und die Produktion und den Handel dieser Waffenkategorie in Deutschland zu verbieten. Dies würde dem Oslo-Prozess einen weiteren Schub geben und die Glaubwürdigkeit der deutschen Rüstungskontrollpolitik unterstreichen.

Rüstungsexporte

Rüstungsexporte fördern regionale Rüstungsdynamiken, wie derzeit insbesondere im Nahen und Mittleren Osten deutlich wird. Hochmoderne Waffen werden in Länder geliefert, die sich dem Regelwerk internationaler Beziehungen nur halbherzig unterwerfen. Um diesen Gefahren zu begegnen, hat die EU 1998 einen Verhaltenskodex aufgestellt, der Waffenexporte an gemeinsamen Standards ausrichtet: Einhaltung völkerrechtlicher Verträge und der Menschenrechte, Bekämpfung des Terrorismus und Verhinderung des Re-Exports gelieferter Rüstungsgüter. Zugleich schreibt der Kodex Konsultationsmechanismen und eine Berichtspflicht über nationale Rüstungstransfers vor. Gleichwohl ist seine Wirkung bisher begrenzt. Er hat nicht verhindert, dass Deutschland 2006 Rüstungslieferungen im Wert von 1,12 Milliarden Euro für 53 Staaten genehmigte, die nach unabhängiger Einschätzung den Kriterien des Kodex nicht genügten.

Die Verbreitung konventioneller Waffen stand allzu lange im Schatten der Sorge um die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Raketen. Die EU-Staaten sollten in der UNO Motor der Verhandlungen zu einem Vertrag über den Waffenhandel sein, um zumindest die illegale Verbreitung von kleinen und leichten Waffen einzudämmen.

Der EU-Verhaltenskodex bietet eine Maßgabe für Rüstungsexportkontrolle; dringlich ist seine Aufwertung zu einem „Gemeinsamen Politischen Standpunkt“ der EU. Damit verliert er seinen Empfehlungscharakter und wird verbindlich für die nationalen Gesetzgebungen. Es gilt, zögerliche Staaten auf die Seite der Unterstützer zu ziehen und zu verhindern, dass sich Interessenunterschiede zu Blockaden verfestigen. Dies erfordert Bereitschaft zur Transparenz im Rüstungshandel, eine Stärkung

**Handel mit
Waffen:
EU-Kodex
stärken**

des UN-Waffenregisters und eine Verbesserung der einzelstaatlichen Berichterstattung über Ein- und Ausfuhren. Nur so wird die restriktive Rüstungsexportpolitik, derer sich Deutschland gerne rühmt, überprüfbar.

Zusammenfassende Empfehlungen

**AKSE-
Vertrag
ratifizieren**

1. Der Angepasste Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa muss zügig ratifiziert und in Kraft gesetzt werden. Als Vorleistung sollte die NATO nach der Suspendierung durch Russland das Inspektionsregime einseitig aufrechterhalten, um den KSE-Vertrag doch noch zu retten. Allein die Transparenz, die gegenseitiger Informationsaustausch und regelmäßige Vor-Ort-Inspektionen schaffen, lohnt die Mühe.

**Auf Raketen-
schild
verzichten**

2. Bundesregierung und EU sollten sich dem US-Raketenschild in Osteuropa stärker widersetzen. Zu Recht waren Abwehrwaffen gegen Raketen interkontinentaler Reichweite bis 2002 verboten. Sie destabilisieren die Abschreckungsbalance zwischen den großen Atommächten, verschärfen die amerikanisch-russischen Spannungen und ziehen die europäische Sicherheit in Mitleidenschaft. Der vorerst fiktiven Gefahr einer Bedrohung durch Raketen dritter Staaten ist mit kooperativen diplomatischen Initiativen zu begegnen.

**Nuklear-
waffen
abrüsten**

3. Die Existenz von Kernwaffen und ihre Verbreitung in weitere Staaten ist eine der größten Bedrohungen. Die Atommächte sind im NPT die Verpflichtung zu vollständiger nuklearer Abrüstung eingegangen. Doch existieren immer noch 27.000 Atomwaffen, 95 Prozent davon in den russischen und amerikanischen Arsenalen. Nichtweiterverbreitung wird nur gelingen, wenn die Atommächte ihre Bestände sukzessive verringern und auf die atomare Erstschlagsoption verzichten. Die Kampagne für eine nuklearwaffenfreie Welt verdient jede Unterstützung.

**Kein
Wettrüsten
im All**

4. Wir fordern rasche Verhandlungen, um die akute Gefahr eines Rüstungswettlaufs im und um den Weltraum zu verhindern. Die zivile Infrastruktur aller europäischen Staaten ist von Technologien im All abhängig. Einem Antisatellitenangriff wäre sie schutzlos ausgeliefert. Nur ein vollständiges Verbot von Weltraumwaffen könnte die Gefahr entscheidend verringern.

STELLUNGNAHME

5. Europa und insbesondere Deutschland sollten im Rahmen der UNO Vorreiter eines Vertrags über den Waffenhandel (*Arms Trade Treaty*) sein, um zumindest die illegale Verbreitung von kleinen und leichten Waffen einzudämmen.
6. Streubomben sind besonders heimtückische Waffen. Die Bundesrepublik sollte vollständig auf Produktion, Handel und Einsatz von Streumunition verzichten. Wir unterstützen ausdrücklich einen entsprechenden Vorstoß von Abgeordneten der Berliner Koalitionsfraktionen.
7. Aus dem EU-Kodex für Waffenexporte muss eine Verhaltensnorm werden, die alle Mitgliedstaaten bindet. Die Bundesregierung rühmt sich einer restriktiven Rüstungsexportpolitik, doch bewilligt sie Lieferungen beträchtlichen Umfangs an Länder, die dem EU-Kodex nicht entsprechen.
8. Bei allen Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle ist die deutsche Politik auf die Unterstützung durch Verbündete und Partner angewiesen – mit einer Ausnahme: Über den Abzug von Nuklearwaffen auf dem eigenen Territorium kann sie allein entscheiden. Sie sollte davon Gebrauch machen und damit ein deutliches Zeichen gegen Renuklearisierung setzen.

**Atomwaffen
aus
Deutschland
abziehen**

2. Klimawandel und neue Konfliktrisiken

Der Klimawandel und seine regional unterschiedlichen Folgen sind nicht exakt vorherzusagen. Unstrittig ist jedoch, dass er in erheblichem Ausmaß von Menschen verursacht wird und Ressourcenknappheit, insbesondere von Wasser, verschärft. Fortschreitende Erderwärmung führt zu häufigeren Naturkatastrophen und Wetterextremen wie Hitze, Dürre oder Überschwemmungen. Ernteausfälle, Hunger, Armut und Umweltmigration sind die Folge. Zudem haben einige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels – etwa die Förderung erneuerbarer Energien – mitunter ungewollt konfliktverschärfende Auswirkungen. So besteht eine Ursache des aktuellen Lebensmittelnotstandes in Ägypten, Bangladesch oder Haiti darin, dass Böden, die zum Lebensmittelanbau geeignet wären, für die Erzeugung von Biomasse zur Treibstoffproduktion genutzt werden. Auch dadurch ist der Reispreis in den letzten Monaten so stark gestiegen, dass

**Knappe
Ressourcen
führen zu
Konflikten**

selbst die UNO ihre Hilfslieferungen nicht mehr bezahlen kann. Je knapper die Ressourcen und je größer die Konkurrenz, desto größer ist die Gefahr gewalttätiger Konflikte.

Prävention statt sicherheitspolitischer Gegenmaßnahmen

Klimabedingte Ressourcenverknappung führte in der jüngeren Vergangenheit selten zu zwischenstaatlichen Kriegen. Auf substaatlicher Ebene dagegen sind bereits zahlreiche gewaltträchtige Konflikte zu beobachten, bei denen sie zum Ursachengeflecht gehörte. Aktuelle Beispiele sind die Unruhen in Indien und Bangladesch und der Krieg in Darfur. Vor allem in instabilen autokratischen Systemen fördern die Auswirkungen der Erderwärmung den weiteren Zerfall oft nur rudimentärer staatlicher Strukturen und erhöhen so das Gewaltisiko. Besonders die Umweltmigration mit ihren Folgekonflikten verdeutlicht das Potenzial überregionaler Eskalation – und die Dringlichkeit internationalen Handelns.

Klimawandel: Ein Sicherheits- problem?

Anders als manche seiner Folgen haben die Ursachen des Klimawandels keine sicherheitspolitische Dimension. Gegenmaßnahmen müssen vor allem auf die Ursachen zielen. In den Industriestaaten wird Handlungsbedarf jedoch primär aus sicherheitspolitischen Gefahren abgeleitet. Diese Verengung der Diskussion auf die Sicherheitsaspekte ist kontraproduktiv. Noch ist der Klimawandel in erster Linie ein Problem des hohen Schadstoffausstoßes in den Industrieländern mit besonders negativen Auswirkungen in schwach entwickelten Staaten. Zur realen Gefahr für die internationale Sicherheit wird er erst durch zu spätes und falsches Reagieren. Im Klartext: Um die Gefahr zukünftiger Konflikte zu vermindern, muss die Erderwärmung sehr schnell und effektiv bekämpft werden. Das erfordert dringend, dass eine präventive, international abgestimmte Politik die Ursachen angeht. Eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in den Industrieländern ist dabei die dringlichste Maßnahme. Ohne Wohlfahrtseinbußen lässt sich dies noch am ehesten durch höhere Energieeffizienz erreichen. Diese muss auch bei regenerativen Quellen, also bei der Solarenergie, der Wind- und der Wasserkraft und bei der Energiegewinnung aus Rest-Biomasse gesteigert werden. Hier bedarf es national wie

Neue Tech- nologien

STELLUNGNAHME

international entschiedener Bemühungen, damit neue Technologien entwickelt und konkurrenzfähig produziert werden können.

Verursacher und Leidtragende des Klimawandels

Es bestehen große Unterschiede zwischen den Staaten, die den Klimawandel verursachen, und denjenigen, die unter ihm leiden. Die hoch entwickelten Industriestaaten sind seine Hauptverursacher, da sie mit Abstand am meisten Erdöl und Erdgas verbrauchen und den Großteil des schädlichen CO₂ emittieren. Ihnen stehen diejenigen Staaten gegenüber, die selbst wenig zur Erderwärmung beitragen, von deren Folgen aber am stärksten betroffen sind. Dies sind zumeist Entwicklungsländer der Dritten Welt, in denen Ressourcenverknappung, Hunger, Armut und Umweltmigration mit mangelnder Wirtschaftsentwicklung, fragiler Staatlichkeit und einer schwachen Zivilgesellschaft zusammentreffen. Diese Mischung erzeugt ein brisantes Konfliktpotenzial. Bleibt in diesen Ländern in Zukunft – wie Klimasimulationen prognostizieren – immer öfter der Regen aus, wird Landwirtschaft unmöglich und Abwanderung schließlich zum einzigen Ausweg.

Die westliche Welt als Hauptverursacher steht in der Verantwortung und muss für Ausgleich sorgen. Sie kann den Aufbau eines integrierten Wassermanagements unterstützen (um den täglichen Bedarf zu decken und Landwirtschaft zu ermöglichen), aber auch bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft oder stabiler demokratischer Strukturen und Institutionen helfen. Schließlich ist auch ein Regelwerk zu schaffen, um die Emissionsrechte global gerecht zuteilen zu können. Entwicklungs- und Schwellenländer streben danach, mit „nachholender Entwicklung“ den Lebensstandard der Industriestaaten zu erreichen, was auf einen ähnlich hohen Energieverbrauch hinausläuft. Konflikte zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Industriestaaten sind darum vorprogrammiert. Lösungsmodelle ohne weltweite Gleichbehandlung werden sich nur machtpolitisch durchsetzen lassen. Gewaltprävention muss also nicht nur einen gerechten Ausgleich zwischen Verursachern und Leidtragenden des Klimawandels schaffen, sondern stellt auch die Zukunftstauglichkeit des vom Westen propagierten und exportierten Wachs-

**Westen in
der Verant-
wortung**

**Weltweite
Gleichbe-
handlung**

tumsparadigmas und seiner energieintensiven Lebensweise in Frage.

Abschmelzen der Arktis

Neue Arktis- abkommen nötig

Die Dilemmata der Klimaschutzpolitik offenbaren sich in der Arktis. Dort ermöglicht das kontinuierliche Abschmelzen des Polareises die Ausbeutung von Gas, Erdöl und anderen Rohstoffen, aber auch Fischfang, was den Anrainerstaaten große wirtschaftliche Gewinne verspricht. Dieser Nutzen aus der Erderwärmung schwächt freilich das Interesse, dem Klimawandel und damit einem weiteren Abschmelzen der Polkappen entgegenzuwirken. Darüber hinaus wecken die Aussichten auf bisher ungenutzte Ressourcen neue Begehrlichkeiten und Konkurrenzen. Schon heute gibt es Spannungen zwischen den Anliegerstaaten USA, Russland, Dänemark, Norwegen und Kanada, die sich in Zukunft verschärfen könnten. Alte Konfliktlinien über Souveränitätsansprüche, See- und Territorialgrenzen erhalten neue Brisanz, etwa im Hinblick auf die Nordwestpassage, den Nordpol und die Barentssee. Bisherige Kooperationsmuster stoßen an ihre Grenzen. Die existierenden Abkommen beziehen sich fast ausschließlich auf Umweltfragen, bestehende Konfliktregelungsmechanismen reichen nicht mehr aus. Noch ist die Diskussion nicht eskaliert, noch wären diplomatisch-kooperative Konfliktregelungen möglich. Die Gespräche – insbesondere über eine arktisspezifische Ergänzung der *UN Convention on the Law of the Sea* – müssen rasch intensiviert und von der Einrichtung gemeinsamer Institutionen zur Konfliktbeilegung flankiert werden.

Klimaschutzpolitik ist auch Konfliktprävention

Energie sparen reicht nicht

Die negativen Folgen des Klimawandels sind nicht zwangsläufig; sie können aufgehalten werden. Die Zeit drängt, aber es gibt durchaus wirtschaftlich, sozial und technisch umsetzbare Handlungsoptionen. Klimaschutzpolitik bedeutet auch Konfliktprävention. Wenn vorausschauende ökologische, entwicklungs- und friedenspolitische Maßnahmen international aufeinander abgestimmt werden, ist effektive Konfliktvermeidung möglich. Empfehlungen wie die Zertifizierung des Biomasse-Anbaus zur

STELLUNGNAHME

energetischen Nutzung, eine möglichst weitgehende Regionalisierung der Energieversorgung oder Pläne zum integrierten Wassermanagement liegen längst auf dem Tisch, ebenso konkrete Maßnahmen zur Einsparung bzw. Effizienzsteigerung beim Energieverbrauch. Letzterem gilt die größte Aufmerksamkeit der Bundesregierung. Wir fordern, die Anstrengungen auf internationaler Ebene zu intensivieren. Deutschland sollte für einen gerechten Lastenausgleich hinsichtlich des Klimawandels eintreten und in internationalen Institutionen darauf drängen, dass entsprechende Verfahren zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten rasch ausgearbeitet und implementiert werden. Es gilt auch, das „Klimarisiken-Schutzprogramm“ der UNO weiterzuentwickeln und umzusetzen. Ebenso ist die Bundesregierung aufgefordert, sich in der UNO für einen „Rat für Globale Entwicklung und Umwelt“ mit weitreichenden Kompetenzen einzusetzen.

Bilder von Hungeraufständen oder von afrikanischen Flüchtlingen, die täglich die vermeintlich sicheren Ufer Europas zu erreichen suchen, mahnen uns, nicht die Symptome, sondern die Ursachen zu bekämpfen. Dabei müssen langfristige Sicherheitsinteressen, entwicklungspolitische Ziele, Konfliktprävention, umfassender Menschenrechtsschutz und Umwelt- bzw. Klimaschutz in Einklang gebracht werden. Hier kann und sollte die Bundesregierung eine noch aktivere Rolle spielen und sowohl treibende als auch gestaltende Kraft einer zügigen internationalen Klimaschutzpolitik werden.

**Umfassender
Ansatz der
Klimapolitik**

3. Trägerische Stabilität autoritärer Systeme

Viele autoritär regierte Länder weisen eine bedrohliche Instabilität auf. Je mehr die Bevölkerung und politische, ethnische oder religiöse Minderheiten von der Macht ausgeschlossen bleiben, und je weniger diese sich öffentlich artikulieren können, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich radikalieren. Häufig kaschiert Autoritarismus schwache Staatlichkeit, Korruption und kleptokratische Eliten. Regt sich Widerstand, besteht die Gefahr, dass Sicherheitsapparate den Staat direkt oder indirekt übernehmen. Autoritäre Herrschaftsformen bedrohen aber nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch

**Autoritaris-
mus schafft
Instabilität**

die regionale Stabilität. Krisen autoritärer Regime können dramatische Auswirkungen für Nachbarstaaten haben, etwa durch Flüchtlingsströme, nationalistischen oder religiösen Radikalismus und die Ausbreitung von Gewalt. Westliche Staaten wollen diese Quelle von Instabilität häufig nicht wahrhaben und billigen Autoritarismus als „innere Angelegenheit“. Allzu oft erliegen sie dem trügerischen Stabilitätsversprechen dieser Regime. Dies gilt in besonderem Maße da, wo westliche Staaten das Interesse am ungehinderten Zugang zu Energie und anderen Ressourcen absolut setzen. Indem sie zur Legitimierung solcher Regime beitragen, machen sie sich zu Komplizen von Autoritarismus und Repression. Das treibt die Opposition fundamentalistischen und terroristischen Gewaltstrategen in die Arme.

**Wandel
durch An-
näherung**

Wie sollte der Westen mit autoritären Staaten umgehen? Eine „Demokratisierung durch Waffengewalt“ verbietet sich, wie das Debakel im Irak unterstreicht, ebenso die stillschweigende Partnerschaft mit Despoten. Wir plädieren für eine Mischung aus behutsamer und langfristig angelegter Demokratieförderung, die sich nicht auf die Forderung nach freien Wahlen beschränkt, und für das alte Rezept aus der Zeit der Entspannungspolitik, „Wandel durch Annäherung“. Der Westen muss auch gegenüber jenen Ländern beharrlich für Demokratie und Menschenrechte eintreten, die wichtige wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Partner sind. Gleichzeitig kritisieren wir Gesprächstabus. Dass die USA 1979 sämtliche Beziehungen mit Iran abbrachen, war ein folgenschwerer Fehler. Er erleichtert dem Regime in Teheran bis heute die Verteufelung der USA, und er erschwert die Suche nach einer Regelung der Nuklearfrage ebenso wie die unumgängliche Kooperation bei der Stabilisierung des Irak. Autoritären Regimen müssen handfeste Anreize für friedliches Verhalten und innere Liberalisierung geboten werden, z.B. regionale Integration, Wirtschaftshilfe, Schuldenerlass oder die konditionierte Aufhebung von Sanktionen.

**Anreize für
Liberalisie-
rung**

Die Finanz- und Investitionspolitik sollte an die Korruptionsbekämpfung geknüpft werden. Erfolgreiche Sicherheitssektorreform kann dazu beitragen, den autoritären Missbrauch der Sicherheitsapparate zu erschweren. Regionalorganisationen wie die Afrikanische Union sind zu ermutigen, entschiedener als bisher auf autokratische und menschenverachtende Re-

STELLUNGNAHME

gime einzuwirken. Deutschland und die EU sollten versuchen, externe Mächte – beispielsweise China im Falle Simbabwe und Sudans – davon abzubringen, mörderische Regime durch Waffenlieferungen zu stützen. Generell müssen die EU-Staaten ihr Verhalten gegenüber autoritären Staaten frühzeitig miteinander abstimmen. Das verbessert nicht nur ihre Chance, Gehör zu finden, sondern erleichtert es auch, im Krisenfall mit einer Stimme zu sprechen.

**Keine
Waffen an
Autokraten**

4. Aktuelle Brennpunkte

Aufbauhilfe statt Krieg in Afghanistan

Inzwischen stehen über 60.000 ausländische Soldaten in Afghanistan – Ende 2006 waren es nur 40.000, 2002 waren es erst 4.500 Mann der *International Security Assistance Force* (ISAF) und eine etwas höhere Zahl an US-Truppen. Seitdem wurden – zusätzlich zu den Kriegskosten – rund 15 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau ausgegeben. Trotzdem steht der Afghanistan-Einsatz am Rande des Scheiterns. Gemessen an seinen ursprünglichen Zielen – Überwindung der Gewalt, Aufbau eines funktionierenden Staates, Zerschlagung von Taliban und *al-Qaida* sowie Bekämpfung des Terrorismus – hat sich die Lage zusehends verschlechtert. Von einem Staat, der sein Staatsgebiet beherrscht, kann keine Rede sein: Nach Angaben des Koordinators der US-Geheimdienste, Michael McConnell, kontrolliert die Zentralregierung in Kabul knapp 30 Prozent des Landes, den Rest teilen sich regionale Stammesfürsten (60 Prozent) und die Taliban (10 Prozent). Im letzten Jahr gab es mehr als 8.000 Kriegstote, die Zahl der Selbstmordanschläge stieg im Vergleich zum Vorjahr auf über 150 – in einem Land, in dem bis 2001 Selbstmordattentate unbekannt waren. Insgesamt hat sich die Zahl der Angriffe durch Aufständische seit 2005 verfünffacht. 2007 wurden rund 40 Konvois mit Lebensmitteln des UN-Welternährungsprogramms geplündert; es gab 130 Angriffe auf humanitäre Projekte und ihr Personal, 40 Helfer wurden getötet und 89 verschleppt. In den letzten Jahren waren allerdings auch Erfolge zu verzeichnen, etwa beim Bau von Schulen und Straßen. Doch haben weder die wachsende Militärpräsenz

**Afghanistan-
Einsatz
droht zu
scheitern**

noch die Anstrengungen zum Wiederaufbau die Rückkehr der Taliban zu verhindern und die wachsende Gewalt einzudämmen vermocht.

**Regierung
in Kabul
stärken**

Der Einsatz der Bundeswehr im Norden Afghanistans ist Teil des Gesamteinsatzes der NATO und der USA. Dessen Erfolg oder Scheitern entscheidet sich indes nicht im Norden allein, sondern hängt von der Entwicklung im gesamten Land, in erster Linie von der Stärkung der afghanischen Regierung ab. Der Auftrag der Bundeswehr unterliegt einem schleichen Wandel von Assistenz zu Kampfeinsätzen, den die Politik wieder umkehren muss. Seit Sommer 2007 leistet das Tornado-Geschwader Feindaufklärung und Kampfunterstützung. Die Abstellung von Fernmelde- und anderen Unterstützungskräften in den afghanischen Süden ist, obwohl als befristet beschlossen, dauerhaft geworden. Ab diesem Sommer soll die in Aufstellung befindliche *Quick Reaction Force* auch „proaktive“ Kampfaufgaben übernehmen. Und für die im Herbst anstehende Mandatsverlängerung ist eine Aufstockung der Truppenstärke um 500 bis 1.500 Soldaten im Gespräch. All dies erfolgt, weil Washington und einige NATO-Partner auf eine größere Rolle der Bundeswehr drängen, nicht, weil es erfolgversprechend wäre. Der Krieg in Afghanistan wird nicht militärisch, sondern politisch entschieden – die NATO meint, gewinnen zu müssen, während es für die Aufständischen reicht, nicht zu verlieren.

**Keine Auf-
stockung
des Militärs**

**Staat
aufbauen**

Die Bundesregierung sollte sich einer Ausweitung der Kämpfe widersetzen und sich stattdessen auf politische und entwicklungspolitische Aktivitäten konzentrieren, welche die afghanische Regierung stärken. Die internationale Gemeinschaft benötigt eine einheitliche und verantwortungsvolle Führung, die den Schwerpunkt ihrer Hilfe auf die Staatsbildung, besonders den Aufbau eines funktionierenden Rechtswesens, die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit sowie die Stärkung staatlicher Fähigkeiten legt. Die Reform des Sicherheitssektors muss vorangetrieben, während die enormen Geldsummen effektiver für den Aufbau lokaler Kapazitäten statt für eingeflogenes Personal und dessen Versorgung angelegt werden müssen. Die militärischen Komponenten des Einsatzes sollten diesem politischen Schlüsselziel untergeordnet werden. Der NATO-Einsatz kann die afghanische Regierung nur unterstützen, nicht ersetzen. Wo

**Souveränität
Afghanistans
respektieren**

STELLUNGNAHME

sie nicht präsent ist, gibt es nichts zu unterstützen. Deshalb sollte die Bundesregierung einen Rückzug der Bundeswehr in die Städte anvisieren. Präsident Karzai sandte ein deutliches Warnsignal, als er Ende April 2008 beklagte, dass seine Regierung in Schlüsselfragen von den USA und Großbritannien übergeben werde, die gegen seinen Willen ihren „Krieg gegen den Terrorismus“ in den Dörfern Afghanistans führen und dadurch eine politische Übereinkunft mit den Taliban verhindern. Er forderte, die Souveränität Afghanistans zu respektieren und mehr für den Wiederaufbau zu tun, statt an Stelle der Afghanen zu agieren.

Die Bundesregierung könnte die Initiative für eine neue Petersberg-Konferenz ergreifen; die bisherigen Londoner Vereinbarungen (*Afghanistan Compact*) sind teils unreal, teils überholt, teils ohne Gespür für Prioritäten. Da die porösen Grenzen Afghanistans nicht nur den Rückzug illegaler Kombattanten, sondern auch den Drogen- und Waffenhandel begünstigen, sollten Nachbarn wie Iran, die zentralasiatischen Anrainer, Indien und Pakistan, China und nicht zuletzt auch Russland in Bemühungen zur Grenzstabilisierung, aber auch in Investitionen zugunsten von Afghanistans Infrastruktur einbezogen werden.

**Grenzen
stabilisieren**

Druck auf Beijing mit der Anerkennung seiner Reformpolitik verbinden

Dreißig Jahre nach Beginn der Reformära hat China eine beachtliche Erfolgsbilanz vorzuweisen. Nie zuvor in der Geschichte gelang es – bei allen sozialen und ökologischen Widersprüchen –, in einem so kurzen Zeitraum so viele Millionen Menschen von Hunger und Elend zu befreien. Der Großteil der Bevölkerung teilt den Stolz darauf mit der Führung. Die Tibeter nutzen die weltweite Aufmerksamkeit für die olympischen Spiele, um ihre Nöte und Forderungen vorzutragen. Beijing reagiert auf die Unruhen in Tibet und auf Störungen des olympischen Fackellaufs mit harter Hand, macht dafür in einem Rückfall in alte Propaganda den Dalai Lama als Verschwörer verantwortlich und bezichtigt ihn des Separatismus. Das Oberhaupt der Tibeter wirft China seinerseits „kulturelles Genozid“ vor.

In China – zu fast 92 Prozent von Han-Chinesen bewohnt – machen die Tibeter 0,42 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

**Autonomie
für Minder-
heiten**

Chinas Nationalitätenpolitik ist widersprüchlicher, als das gängige Bild von der Minderheitenunterdrückung zeigt. Für Angehörige von Minoritäten gelten Ausnahmen von der rigiden staatlichen Ein-Kind-Politik, sie genießen auch einen Bonus beim Hochschulzugang. Beijing bemüht sich, die rückständigen Regionen im Westen zu modernisieren, damit sich die Schere zwischen boomenden Metropolen und abgelegenen Gebieten nicht weiter öffnet. Der formellen Gleichheit der Volksgruppen steht eine uralte, vom Maoismus bekräftigte Tradition entgegen, die den Han-Chinesen Kultur zuschreibt, während es die rückständigen Minderheiten zu zivilisieren gelte. Diese genießen real nicht die Autonomie, die ihnen laut Verfassung und Gesetzgebung zusteht. Dem tibetischen Buddhismus wiederum fällt es schwer, Religion und Politik zu trennen. Nationalbewusste Tibeter wehren sich gegen die turbokapitalistische Modernisierung mit ihren sozialen und mentalen Verwerfungen, die ihre Traditionen untergraben. Ihr Widerstand revitalisiert die Religion und das ethno-nationale Selbstbewusstsein, was wiederum die Angst Beijings vor Sezessionismus schürt. Je mehr Chinas Regierung darauf mit Unterdrückung reagiert, desto mehr wächst die Neigung unter tibetischen Jugendlichen zu gewaltsamen Protesten – eine Gewaltspirale.

Obwohl in Beijing noch immer die Kommunistische Partei regiert, unterscheidet sich das heutige China von der Sowjetunion und dem Totalitarismus unter Mao von Grund auf. Forderungen nach Menschenrechten und Rechtssicherheit in China verdienen Unterstützung, auch das Verlangen der Tibeter und anderer Minderheiten nach kultureller Autonomie und Religionsfreiheit. Nötig ist beharrlicher diplomatischer Druck auf die Regierung in Beijing, sie solle mit dem Dalai Lama direkt verhandeln. Dieser Druck aus dem Westen dürfte umso erfolgreicher sein, je weniger man China den Respekt für seine Reformanstrengungen und -leistungen versagt.

**Dialog statt
Konfrontation**

Die neue chinesische Führung hat in den letzten Jahren durchaus außenpolitische Flexibilität gezeigt. Sie hat vieles unternommen, um die angespannten Beziehungen zu Japan und zu Indien zu entkrampfen. Im Konflikt mit Taiwan hat sie ihre Drohungen zurückgeschraubt, was dazu beitrug, dass im März 2008 das dortige Referendum über die Unabhängigkeit schei-

STELLUNGNAHME

terte. Es ist durchaus denkbar, dass sie auch in Tibet von ihrer Konfrontationspolitik abrückt und sich für den Dialog entscheidet. Die chinesische Führung kann sich allerdings nur bewegen, ohne ihr Gesicht zu verlieren, wenn pauschale anti-chinesische Kampagnen eingestellt werden. Diese stärken eher die Nationalisten und jene, die vor einer weiteren Liberalisierung warnen. Die rapide wachsende wirtschaftliche Kooperation mit einem in die Globalisierung eingebundenen China verbietet kategorisch eine Rückkehr zur Systemkonfrontation.

Mit Gewalt ist der Palästina-Konflikt nicht zu lösen

Nach sieben Jahren Stillstand unternahmen die israelischen und palästinensischen Regierungen im November 2007 einen neuen Versuch, ihren Dauerkonflikt beizulegen. Im amerikanischen Annapolis vereinbarten Ministerpräsident Ehud Olmert und Präsident Mahmud Abbas, binnen eines Jahres den Weg zu einem palästinensischen Staat zu ebnen. Die Hürden sind allerdings hoch. Neben der sperrigen Konfliktsubstanz, zu der die Territorialfrage, der Status Jerusalems und die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge gehören, nähren der Verhandlungsansatz und die Führungsschwäche auf beiden Seiten Zweifel an einer raschen Vereinbarung über den Endstatus. Wie bei der gescheiterten *Road Map* von 2003 gibt es im Annapolis-Prozess weder klare Ziele noch einen Mechanismus zur Streitschlichtung. Überdies ist fraglich, ob die Parteien schmerzhaft Kompromisse gegen interne Opposition durchsetzen könnten. Weder sieht sich Olmert in der Lage, dem fortgesetzten Siedlungsbau vor allem in und um Ost-Jerusalem Einhalt zu gebieten, noch gewährleistet Abbas die Kontrolle palästinensischer Gewalttäter, von der Israel die Normalisierung der Lebensbedingungen in der Westbank abhängig macht. Hatte seine Autorität unter der Wahlniederlage der *Fatah* im Januar 2006 gelitten, so ist sie mit der Spaltung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen seit Juni 2007 weiter geschrumpft.

Wirtschaftliche Erfolge wären nötig, um den palästinensischen Präsidenten und die von ihm eingesetzte, aber ohne Wählermandat agierende Regierung in der Westbank zu stärken. Dies könnte ihm den Spielraum verschaffen, Israel entgegenzukommen. Indessen hat der Niedergang der palästinensischen Öko-

**Hürden
zum
Palästi-
nenserstaat**

**Wirtschafts-
erfolge nötig**

nomie dramatische Ausmaße angenommen. In der Westbank verhindern Hunderte israelische Straßensperren jede normale Wirtschaftstätigkeit. Der gegen die *Hamas* gerichtete finanzielle Boykott und die israelische Grenzblockade haben im Gazastreifen die Industrie, den Verkehr und die öffentliche Infrastruktur weitgehend lahmgelegt und große Teile der Bevölkerung in extreme Armut gestürzt.

**Mit *Hamas*
sprechen**

Dessen ungeachtet halten die USA und die EU auch im dritten Jahr nach dem Wahlsieg der *Hamas* am Ziel fest, diese in die Knie zu zwingen. Ihre Politik kommt einer kollektiven Bestrafung der Bevölkerung für ihre Wahl gleich. Nicht ausgeschlossen ist auch, dass Israel versucht, eine Entscheidung mit Waffengewalt herbeizuführen. Von Ägypten vermittelte Angebote einer Waffenruhe lehnte die israelische Regierung mehrfach ungeprüft ab. Auch die Vermittlungsbemühungen des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter stießen bei ihr auf taube Ohren.

**Keine Ab-
riegelung
Gazas**

Ökonomische Strangulierung und militärische Vernichtung sind Rezepte für ein politisches Desaster. In der *Hamas* haben sie die Hardliner gestärkt, die eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes propagieren, und die Pragmatiker an den Rand gedrängt, die nach Möglichkeiten suchten, eine Zweistaaten-Lösung mit dem Selbstverständnis der *Hamas* zu vereinbaren. Angesichts dieses Fiaskos sollte sich die Bundesregierung dem Europaparlament anschließen, das die politische und humanitäre Isolierung des Gazastreifens für gescheitert erklärt hat. Wir empfehlen, Möglichkeiten eines Dialogs mit der *Hamas* auszuloten, um sie in Verhandlungen einzubinden.

*Mittlerer Osten: Kooperation und Modernisierung statt
Aufrüstung*

Die Gefahr einer iranischen Atombombe besteht fort. An martialischen Drohungen herrscht kein Mangel. Provokativ stellt der iranische Präsident Ahmadinedschad das Existenzrecht Israels in Frage, auch den Judenmord durch die Nazis. Im Oktober 2007 malte US-Präsident Bush einen „dritten Weltkrieg“ an die Wand, sollte Teheran sein Atomprogramm nicht einstellen. Hillary Clinton erklärte im Wahlkampf, man wäre notfalls in der Lage, „Iran völlig zu vernichten“. Die Bush-Administration

STELLUNGNAHME

warnung bedeutungsschwanger, keine Option sei ausgeschlossen, und hält sich die Möglichkeit eines gewaltsamen Regimewechsels offen. Doch haben ausgerechnet die US-Geheimdienste der Gewaltoption die Legitimation entzogen: Im Dezember 2007 legten sie einen Bericht vor, dem zufolge Iran 2003 sein Atomwaffenprogramm einstellte.

Die Europäer sollten die USA zu einem Politikwechsel drängen. Militärische Drohungen haben Teheran nicht gehindert, neue Zentrifugen zu bauen. Eindämmung und immer schärfere Sanktionen unterbinden dies ebenso wenig wie sie die Regierung stürzen. Ziel der Sanktionen kann nicht die Kapitulation des Regimes sein, sondern nur dessen Bereitschaft zu verhandeln, um die ökonomischen und politischen Schäden der Isolierung zu minimieren. Hochrangige US-Diplomaten, die in den letzten Jahren mit iranischen Akademikern und Politikern Gespräche führten, haben einen Vorschlag ausgearbeitet, um Irans Urananreicherung multilateral zu kontrollieren. Offizielle in Teheran – bis hin zum Präsidenten – haben Interesse an einer derartigen Lösung bekundet. Zwar gibt es dafür keine Erfolgsgarantie, doch darf kein Versuch unterbleiben, die verhärteten Fronten aufzubrechen und die Kräfte in Iran zu stärken, die zu Kompromissen bereit sind.

Leider geschieht das Gegenteil. Die Durchhalteparolen im Irak und die militärische Aufrüstung von Verbündeten durch die USA tragen zur weiteren Konfrontation in der Region bei. Der Irak-Krieg und das daraus folgende politische Debakel haben die Regionalvormacht Iran gestärkt. Das nehmen die USA zum Anlass, die Nachbarstaaten massiv aufzurüsten. Saudi-Arabien bleibt der engste Verbündete der USA, obwohl dessen Regime eine der Ursachen für die regionale Instabilität ist. Die von George W. Bush und Condoleezza Rice groß angekündigte Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens, die allein auf lange Sicht Sicherheit verbürge, ist heute, falls sie je ernst gemeint war, Makulatur. Jetzt soll das autoritäre Regime in Riad modernste Waffen im Wert von rund 20 Milliarden US-Dollar erhalten. Außerdem will Washington eine sunnitisch-arabische Koalition gegen Teheran schmieden. Das heißt die Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten, die im Irak und im Libanon mit Gewalt ausgetragen wird, in der gesamten Region weiter an.

**Kontrolle
der Uran-
anreicherung**

**Gegen
Aufrüstung
in Nahost**

Saudi-Arabien hat gedroht, als Schutzmacht der arabischen Sunniten im Irak einzugreifen. Und prompt drängt Israel, das sich von der Hochrüstung arabischer Staaten bedroht fühlt, auf den Ausbau seiner militärischen Kapazitäten und auf entsprechende amerikanische Militärhilfe.

**Gemeinsame
Interessen
im Irak**

Das in Berlin erkennbare Unbehagen reicht nicht aus. Konkrete Initiativen zur Entspannung, Vertrauensbildung und kooperativen Rüstungskontrolle sind nötig. Weil das Irak-Abenteuer die *Hardliner* in Washington und London geschwächt hat, ist nicht auszuschließen, dass eine Abkehr von der Konfrontation künftig auch in den USA unterstützt wird. Die Europäer sollten die USA drängen, endlich direkt mit Iran über die Urananreicherung zu verhandeln und die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Es bestehen durchaus gemeinsame Interessen: Obwohl die USA und Iran um mehr Einfluss im Irak konkurrieren, stützen beide die Regierung in Bagdad. Beide betonen, wie wichtig Iraks territoriale Integrität und eine starke Zentralregierung sind. Beide haben auch ein gemeinsames Interesse, in Afghanistan den Handel mit Opium einzuschränken und sunnitische Extremisten sowie die Taliban und *al-Qaida* zu entmachten. *Gouverner c'est prévoir*, lautet eine klassische Devise weiser Politik. Militärische Konfrontation ist das Gegenteil – schon gar in einer Region, an deren Öl-Tropf die Weltwirtschaft hängt.

Andreas Heinemann-Grüder

Jochen Hippler

Markus Weingardt

Reinhard Mutz

Bruno Schoch